

Aufforderung zur Interessenbekundung an der Trägerschaft einer Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover

Fördervolumen: 40.000 € in 2019, 30.000 € in 2020

Frist zur Interessenbekundung: 26. April 2019 – 6. Juni 2019

Im Rahmen der Offensive gegen Antisemitismus plant die Landeshauptstadt Hannover, eine neu einzurichtende zivilgesellschaftliche Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle mit dem oben genannten Volumen finanziell zu fördern. Damit trägt die Stadtverwaltung der Tatsache Rechnung, dass Antisemitismus nach wie vor in allen Bevölkerungsgruppen verbreitet und Alltag für jüdische Menschen in Deutschland ist. Um die Vielzahl an antisemitischen Beleidigungen und Übergriffen sichtbar zu machen, soll nach dem Vorbild von RIAS Berlin eine Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover entstehen. Ziel der Einrichtung der Dokumentations- und Beratungsstelle ist es, Formen von Antisemitismus im Alltag zu identifizieren und darauf basierend Präventions- und Bildungsangebote zu konzipieren.

Aufgabenbeschreibung:

Grundlage der Arbeit der zukünftigen Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover ist die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance sowie die Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust der IHRA. Der Träger verpflichtet sich, jede Form von Antisemitismus zu berücksichtigen.

Die neu einzurichtende Stelle hat die Aufgabe, Hinweise auf antisemitische Beleidigungen, Äußerungen und Übergriffe in Hannover entgegenzunehmen und zu erfassen. Dazu sind das Portal www.report-antisemitism.de sowie die bundesweite Vorfalldatenbank (werden durch RIAS-BK bereitgestellt) zu nutzen. Die Teilnahme an den RIAS-Fortbildungsmodulen ist in diesem Zusammenhang verpflichtend.

Weiterhin gehören das Monitoring antisemitischer Versammlungen unter freiem Himmel sowie ein Monitoring antisemitischer Internetseiten zu den Aufgaben der zukünftigen Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle.

Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit der Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle ist die enge Zusammenarbeit mit den jüdischen Communities in Hannover sowie die enge Zusammenarbeit mit weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren. Anzustreben ist darüber hinaus eine enge Vernetzung mit Beratungsstellen in Hannover, so dass bei eingehenden Hinweisen, bei denen von Seiten der Betroffenen eine Beratung gewünscht wird, welche über das im Rahmen der Stelle leistbare Maß hinausgeht, eine

Verweisberatung an die in Hannover vorhandenen Beratungseinrichtungen erfolgen kann. Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover richtet sich dabei nach dem Betroffenen-orientierten Ansatz.

Zu den Aufgaben der Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover gehört außerdem die Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung der Stelle sowie zu den erhobenen Ergebnissen. Angestrebt werden ebenfalls Absprachen mit dem Landeskriminalamt zur Verbesserung des Meldeverhaltens sowie der statistische Abgleich der erhobenen Zahlen mit den offiziellen Zahlen des LKA.

Darüber hinaus hat die Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle die Aufgabe, jährlich Bericht an die Landeshauptstadt Hannover zu erstatten und die durch Hinweise entstandenen Ergebnisse für weitere Anwendungsfelder, z. B. für pädagogische Zwecke, aufzubereiten. Weiterhin hat die Dokumentations- und Beratungsstelle die Aufgabe, den Expert*innenkreis der Offensive gegen Antisemitismus in seiner Bildungs- und Präventionsarbeit zu unterstützen.

Anforderungen an den Träger:

Der Träger verpflichtet sich, die oben beschriebenen Aufgaben in enger Absprache mit der Landeshauptstadt Hannover, Bereich Migration und Integration, umzusetzen. Das Projekt wirkt dabei nicht als politischer Akteur beispielsweise bei der öffentlichen Unterstützung von Petitionen, Aufrufen etc. im Themenfeld Antisemitismus.

Wesentliche Anforderungen an die Dokumentations- und Beratungsstelle sind die anerkannte Gemeinnützigkeit und das Vorhandensein einer hauptamtlichen internen Buchhaltung oder der Nachweis externer Leistungen für diese Aufgaben. Weiterhin ist der Träger in Hannover ansässig bzw. bereit, zentrale Büroräume in Hannover zu beziehen.

Der Träger verpflichtet sich, eine Personalstelle (mind. 50%) einzurichten und in Anlehnung an den TVÖD-VKA zu vergüten.

Wünschenswert:

Wünschenswert sind praktische Erfahrungen in der Unterstützungsarbeit von Betroffenen bzw. der Beratungsarbeit. Ebenso sind Erfahrungen und Expertise in der Antisemitismusbekämpfung für das Gelingen des Projekts von Vorteil.

Da Öffentlichkeitsarbeit für die Bekanntmachung der Dokumentations- und Beratungsstelle sowie der erhobenen Ergebnisse zentral ist, sind auch hier entsprechende Erfahrungen wünschenswert.

Für den Kontakt mit potentiell von Antisemitismus Betroffenen bzw. mit Personen, die eine Hinweis aufgeben, ist die verhandlungssichere Beherrschung von Englisch und Russisch anzustreben.

Wünschenswert ist ebenfalls ein Eigenanteil bzw. die Einbringung von Drittmitteln in Höhe von 20 % des Fördervolumens.

Bitte reichen Sie zur Interessenbekundung ein schriftliches und unterschriebenes Konzept mit folgenden Angaben ein:

1. Angaben zum Träger, Beschreibung bisheriger und derzeitiger Tätigkeitsfelder
2. Inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle unter Bezugnahme auf die oben genannte Aufgabenbeschreibung
3. Kosten- und Finanzierungsplan für 2019 und 2020
4. Nachweis der Gemeinnützigkeit, Sitz in Hannover, Nachweis einer hauptamtlichen Buchführung

Bitte richten Sie ihre Interessenbekundung in schriftlicher Form samt Unterschrift in einem verschlossenen Umschlag mit Aufschrift der Vergabenummer 50-0527-19 bis zum 06.06.2019, 13.00 Uhr an:

Landeshauptstadt Hannover

Zentrale Submission

Brüderstraße 5

30159 Hannover

Fragen zum Inhalt und zum Verfahren richten Sie bitte bis zum 29.05.2019 an:

submission@hannover-stadt.de